





**Uwe Schummer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

 (030) 227 – 73484

 (030) 227 – 76992

 [uwe.schummer@bundestag.de](mailto:uwe.schummer@bundestag.de)

Berlin, 10. November 2004

**Zum Abbau von Dienststellen der Bundeswehr am Niederrhein erklärt Uwe Schummer MdB, Bezirksvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) Niederrhein:**

Am Niederrhein werden 1.110 Arbeitsplätze der Bundeswehr wegfallen. Die Standorte Kalkar, Mönchengladbach, Straelen und Wesel sind von Kürzungen betroffen. Der Standort Emmerich wird mit 950 Stellen komplett geschlossen. Das ist ein massiver Einschnitt für unsere Region. Soldaten und zivile Mitarbeiter müssen umziehen und ihr gewohntes soziales Umfeld aufgeben.

Die Landesregierung und die Bundesregierung dürfen sich nicht aus der Strukturpolitik verabschieden und die Städte und Gemeinden mit allen Problemen der Standortschließungen und des Stellenabbaus alleine lassen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat deshalb einen Antrag in den Deutschen Bundestag eingebracht, mit dem sie ein Soforthilfeprogramm des Bundes fordert. Außerdem muss ein Konversionsprogramm zur alternativen Nutzung der Kasernen entwickelt werden, um die Städte und Kommunen zu unterstützen.

Die Veränderungen durch die Standortschließungen und Reduzierungen betreffen nicht nur unsere wirtschaftliche Situation. Sie betreffen auch unsere Sicherheit. Die einseitige Ausrichtung der Bundeswehr auf Einsätze im Ausland, wie sie durch die Schließung von Standorten forciert wird, wäre falsch. Die Bundeswehr muss in der Fläche präsent sein. Die Terrorangriffe der vergangenen Monate haben deutlich gezeigt, dass jede Region auf einen quasi-militärischen Angriff im Inneren vorbereitet sein muss. Diese Aufgabe könnte die Bundeswehr bei einer weiteren Schließung von Standorten kaum noch wahrnehmen.

**PRESSMITTEILUNG**